

Juni  
 Minister  
 Abends 8 Uhr  
 Calw  
 mlung  
 und  
 not".  
 eingeladen.  
 e Partei  
 vereine Calw  
 Dr. Maier  
 en 25. Juni,  
 in Calw in  
 mlung  
 not".  
 vereine sind  
 aben.  
 Fig.  
 pling Calwerhof  
 Spiel  
 ng Calw  
 hr  
 htige  
 Vorträge  
 e und  
 Altern des  
 Körpers!  
 von Ollik und Ledl  
 Naturschutz  
 onstrationen am  
 zeigt, wie der Ver  
 schließt aufzuhal  
 ändern ist. Für alle  
 wichtig und lehr  
 für jene, deren  
 zu erhalten ist:  
 ungerade eine  
 novellierung.  
 System ausgebil  
 schlägige Fragen.  
 raschste. Die ge  
 Ph. oder das Nat  
 eit" ges. N. 80  
 fandt durch die  
 Leipzig-Süd 26  
 hr. Eintritt frei.  
 27. Juni 1932  
 erei Wei ß.  
 n 28. Juni 1932  
 um „Adler“.

**Erscheinungsweise:**  
 Täglich mit Ausnahme  
 der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
 a) im Anzeigenteil:  
 die Zeile 20 Goldpfennige  
 b) im Reklameteil:  
 die Zeile 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
 kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften**  
 kann keine Gewähr  
 übernommen werden

**Geschäftsstand**  
 für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
 In der Stadt 35 Goldpfennige  
 wöchentlich mit Trägerlohn  
 Post-Bezugspreis 35 Gold  
 pfennige ohne Bestellsge  
 lde

**Schluss der Anzeigen-**  
**annahme 8 Uhr vormittags**

**In Fällen höherer Gewalt**  
 besteht kein Anspruch auf Lieferung  
 der Zeitung oder auf Rückzahlung  
 des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
 Friedrich Hans Scheele  
 Druck und Verlag  
 der A. Oeffschläger'schen  
 Buchdruckerei

Nr. 147

Montag, den 27. Juni 1932

Jahrgang 105

## Reichskanzler v. Papen berichtete in Berlin Die Politik der deutschen Abordnung in Lausanne vom Reichskabinett gebilligt

II. Berlin, 27. Juni. Reichskanzler v. Papen ist am Samstag zunächst vom Reichspräsidenten zum Bericht über die bisherigen Lausanner Verhandlungen und die innerpolitische Lage empfangen worden. Anschließend berichtete der Reichskanzler dem Reichskabinett über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Auch den vom Reichskanzler vorgeschlagenen weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Reichskabinett einmütig zu. Im Anschluß hieran erstattete der Reichsminister des Innern Bericht über seine Verhandlungen mit den Länderregierungen.

Wie die Telegraphen-Union ergänzend zu der Kabinettsitzung vom Sonntag erfährt, hat der Reichskanzler v. Papen in der Sitzung in seinem Bericht über die Lausanner Verhandlungen auf die verschiedenen Vorschläge zur Lösung der Tributfrage hingewiesen, die in Lausanne gemacht worden sind. Der von ihm vertretene Standpunkt in der Tributfrage — daß Deutschland keine Tribute mehr leisten kann und daß in dieser Frage kein Kompromiß möglich ist — fand die einmütige Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder. Der Kanzler wird sich also auch weiterhin in Lausanne dafür einsetzen, daß eine sofortige Lösung im Sinne einer Befreiung der Tributbelastungen erzielt wird.

In der Frage des Uniform- und Demonstrationverbotes hat das Kabinett nach dem Vortrag von Innenminister von Gayl keinelei Beschlüsse gefaßt, da bekanntlich die Frist, bis zu der die Länder ihre Stellungnahme zu der Aufhebung des Uniformverbotes nach Berlin gegeben haben müssen, erst am Dienstag abläuft. Es dürfte jedoch innerhalb des Reichskabinetts die Einmütigkeit darüber hergestellt worden sein, was für Maßnahmen zu ergreifen sind, falls die süddeutschen Länder bei ihrer ablehnenden Haltung verharren. Beschlüsse hierüber werden erst Mitte nächster Woche gefaßt werden. Jrgendein Zurückweichen des Reiches in diesen Fragen kann jedoch als ausgeschlossen gelten.

Reichskanzler von Papen ist Sonntag 16.22 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge wieder nach Lausanne abgereist.

### Abgabe Bayerns an das Reich

In der Samstag-Sitzung des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident Dr. Feld namens der Bayerischen Staatsregierung eine längere Erklärung ab, in der er einleitend sagte: Von dem aufrichtigen Bestreben geleitet, wenn irgend möglich die Grundlage für eine Verständigung zu schaffen, habe die bayerische Staatsregierung das Ersuchen des Reichsinnenministers, dem Ernst der Lage entsprechend, sorgfältig und ohne jede Voreingenommenheit geprüft. Das Gesamtministerium habe nach eingehenden Beratungen einstimmig beschlossen, daß es nicht in der Lage sei, dem Ersuchen des Reichsinnenministeriums um Aufhebung des Uniformverbotes zu entsprechen.

Wegen der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit hat der Ministerpräsident dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt und ausdrücklich betont, daß die bayerische Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung sei und bleibe, so wie sich das bayerische Volk in seiner Treue

### Die Lage in Lausanne

II. Lausanne, 27. Juni. Der Sonntag ist in seinem äußeren Verlauf auf der Tributkonferenz außerordentlich ruhig verlaufen. Jrgendwelche Zusammenkünfte oder Besprechungen zwischen den Führern der Abordnungen haben nicht stattgefunden. Man ist sich auf deutscher Seite vollständig im Klaren, daß man mit der auf heute nachmittag festgesetzten dritten deutsch-französischen Sitzung in den entscheidenden, und voraussichtlich abschließenden Abschnitt eintreten wird. Nachdem die ersten 10 Tage der Konferenz ausschließlich dazu gedient hatten, die tatsächliche Notlage der deutschen Finanzen und Wirtschaft darzustellen, stehen nun die unmittelbaren Entscheidungen bevor.

Herriot wollte über Sonntag zur Berichterstattung in Paris. Man glaubt dort allgemein, daß der Reichskanzler dem französischen Ministerpräsidenten eine ganze Reihe wirtschaftlicher Kompensationen für einen Verzicht Frankreichs auf Tribute anbieten werde. Herriot erklärte, der vorübergehende Gedanke in Lausanne sei der, daß eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaftslage nur im Rahmen einer Organisierung der Welt möglich sei. Die französische Abordnung arbeite augenblicklich mit der deutschen Abordnung unter sehr zufriedenstellenden Bedingungen.

zum deutschen Vaterland von keinem anderen Reichsteil übertreffen lasse.

Der Landtag nahm eine Entschlieung an, in der zum Ausdruck kommt, daß er das Verbot der politischen Aufzüge und des Tragens von Uniformen gebilligt habe, weil er überzeugt sei, daß nur dadurch der innere Friede im Lande gewährleistet, der Terror von der staatsstreuen Bevölkerung abgewehrt und die Gefahr für Menschenleben beseitigt werden könne.

### Politische Zusammenstöße ohne Ende

II. Berlin, 27. Juni. In der Nacht zum Sonntag und im Laufe des Sonntag ist es in Berlin mehrfach zu politischen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Reichsbannerleuten und Kommunisten gekommen. An verschiedenen Stellen wurden von Kommunisten Schüsse abgegeben und die Fensterscheiben nationalsozialistischer Verkehrslokale eingeworfen. Insgesamt wurden acht Personen verletzt, darunter ein Polizeibeamter. Der Vorstand der SPD hat wegen politischer Zusammenstöße vor dem Vorwärtsgebäude ein Protestschreiben an den Reichspräsidenten gerichtet. Nach dem Polizeibericht sind nämlich Nationalsozialisten in einen Hof der „Vorwärts“-Druckerei eingedrungen und haben Schüsse auf den Hauschutz abgegeben. Mehrere Leute wurden verletzt, es kam zu wilden Kämpfen. — In Leipzig Klein-Bischdorfer wurden etwa 10 Nationalsozialisten von etwa 60 Kommunisten überfallen. Mehrere Nationalsozialisten wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht. — In Ruhdorf bei Limbach (Sachsen) kam es am Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, bei dem eine Person getötet und 13 verletzt wurden. — In Landsberg a. d. Warthe wurde der Führer des roten antischichtischen Kampfbundes nach Verlassen des Verkehrslokals der KPD. von unbekanntem Täter erschossen. — In Hamburg kam es Sonntag früh erneut zu einem schweren Feuerüberfall auf Nationalsozialisten und zu einem Kugelwechsel zwischen einschreitender Polizei und Kommunisten. Ein Nationalsozialist erlitt einen Handschuß. — Kommunisten schossen in Essen zwei Nationalsozialisten von hinten nieder. Einer davon erlitt eine lebensgefährliche Verletzung. — In Darmen hat die Polizei einen sogenannten kommunistischen Selbstschutz, dessen Mitglieder zum größten Teil mit Hieb- und Stichwaffen, darunter auch mit Weilen, bewaffnet waren, aufgehoben. Die Polizei verhaftete über 40 Personen, darunter eine Frau, die in Männerkleidung steckte. — Bei Zusammenstößen in Wattenheid wurde ein Nationalsozialist erschossen und ein weiterer durch Schulererschuß lebensgefährlich verletzt. Eine unbeteiligte Frau erhielt einen Oberschenkelchuß. Die Kommunisten gingen mit Steinen und Schußwaffen vor. — In Bentzen (Ostf.) kam es in der Bahnhofstraße zu einer Schlägerei zwischen etwa 50 Kommunisten und ungefähr 25 Nationalsozialisten, die zum Teil uniformiert waren. Auf nationalsozialistischer Seite wurde ein Arbeiter durch drei Messerstiche in den Rücken, ein zweiter Arbeiter durch einen Stich ins rechte Schulterblatt und einen Messerstich am Kopf verletzt. Drei weitere Nationalsozialisten sind hauptsächlich durch Stockschläge zum Teil erheblich mißhandelt worden. Von den Kommunisten wurde ein Arbeiter leicht verletzt.

### Italienische Tributdenkschrift.

Die Tributdenkschrift der italienischen Regierung, die Grandi dem Präsidenten der Konferenz, Macdonald, überreicht hat, stellt sich folgendermaßen dar: „Die italienische Regierung hält an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß eine vollständige Streichung der Tribute erforderlich sei, verlangt jedoch, daß die Vorteile und Opfer, die sich aus einer endgültigen Regelung der Schuldenfrage ergeben, gleichmäßig auf sämtliche Staaten verteilt werden. Die italienische Denkschrift zieht scharfe Kritik an einigen von Frankreich vorgebrachten Zahlen, insbesondere an dem berechneten Nettosaldo der Tribute, da diese Zahlen von falschen Voraussetzungen ausgehen.“

### Neue polnische Provokationen

II. Danzig, 27. Juni. Am Samstag abend ist es auf dem Danziger Hauptbahnhof sowie auf dem Zoppotter Bahnhof wiederum zu neuen polnischen Provokationen gekommen. Ein nicht angemeldeter polnischer Militärtransport, der sich auf der Durchfahrt von Dirschau nach Gdingen befand, hatte auf dem Danziger Hauptbahnhof einen längeren Aufenthalt. Die polnischen Soldaten verließen den Zug und sangen wiederum polnische Lieder auf dem Bahnhof und stießen Schmährufe gegen Danzig aus. Dasselbe Schauspiel wieder-

### Tages-Spiegel

Reichskanzler von Papen erstattete dem Reichspräsidenten und dem Kabinett Bericht über die Lausanner Verhandlungen. Seine Politik fand Billigung.

Die bayerische Regierung hat mit Billigung des Landtags die Aufhebung des Uniformverbotes für Bayern abgelehnt und dem Reichspräsidenten in einem Schreiben ihren Standpunkt dargelegt.

Die Reichsregierung hat einen weiteren Beitrag von 25 Millionen RM für die vorstädtische Kleinwohnung verwilligt.

In Danzig erreichten die Vorkämpfer aus Anlaß des deutschen Flottenbesuches ihren Höhepunkt mit der Enthüllung einer Gedenktafel für den Danziger Seehelden, Admiral Paul Bencke.

In Ehlingen wurde gestern in Verbindung mit der Tagung des Gustav-Adolf-Vereins das Reformationsjubiläum in eindrucksvoller Weise gefeiert.

holte sich in Zoppott.

Das Deutschtum in den geraubten Gebieten hatte am Samstag durch die Einweihung der neuen Goethehalle in Graudenz einen großen Tag. Der prachtvolle Neubau ist vom Zentralverein für deutsches Schulwesen in Polen mit einem Kostenaufwand von 3 Mill. Zloty erbaut worden. Die Einweihung fand unter gewaltiger Anteilnahme der Deutschen aus allen Gegenden Polens und der Freien Stadt Danzig statt. Die polnische Bevölkerung hatte ihrem Unmut über die Eröffnung der deutschen Schule in der Nacht vor dem Fest dadurch Luft gemacht, daß sie viele Deutsche in Graudenz beschädigt und beschmiert und Wohn- und Ladenfenster eingeschlagen hatte.

### Die württ. Nationalsozialisten protestieren

Nationalsozialistischer Protest gegen das Aufmarschverbot. Proklamation des Notwehrrechts.

Selten noch haben die Nationalsozialisten eine so leidenschaftliche, radikale Sprache geführt wie am Samstagabend in einer Massenkundgebung in der Stuttgarter Stadthalle, die sich in erster Linie gegen das württembergische Aufmarschverbot richtete. Schwerstes Geschick ließen sie dabei besonders gegen das Zentrum aussprechen. Der SA-Gruppenführer Süd-West, Oberleutnant z. S. a. D. v. Jagow, erklärte, daß er als Führer von 30 000 SA-Leuten in Württemberg und Baden nicht gesonnen sei, das Aufmarschverbot sich auf die Dauer gefallen zu lassen. Wenn dieses Verbot nicht alsbald falle, gebe er der SA den Befehl, auch ohne Erlaubnis von Holz auf die Straße zu marschieren. Er hoffe aber bestimmt, daß noch Ende der Woche von Reich wegen jedes Aufmarschverbot fällt. Heute schon befehle er, daß an jenem Tage jede SA in ihrem Heimort zu demonstrieren habe. Nach der Reichstagswahl, die Gerechtigkeit und dann Vergeltung bringen soll, werde die SA in Württemberg neu organisiert. Statt 4 werden 8 Standarten mit den Regimentsnummern 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125 und 126 aufgestellt. In den Vorgängen im Landtag erklärte v. Jagow, daß die nat.-soz. Abgeordneten nur erklärt hätten, daß sie sich vorbehalten, jederzeit wenn sie es für richtig befinden, in Uniform, und wenn sie es anders für richtig befinden, in Zivil erscheinen. Landtagspräsident Mergenthaler verurteilte scharf die Wallfahrt der drei Weisen aus Süddeutschland — alle drei schwarz wie die Mohren — nach Berlin. Als geschäftsführender Staatspräsident habe Dr. Holz kein Recht, Württemberg nach außen zu vertreten und die Nationalsozialisten verbitten es sich, mit dieser Zentrumsmenei beschmutzt zu werden. Tausende von SA-Führern sind auch ohne Waffen bereit, den Spuk der Zentrumsmenei zu Boden zu schlagen. Wenn der Reichsinnenminister v. Gayl nicht den Mut habe, gegen die Zentrumsmenei und den Notmord einzuschreiten, dann solle er abtreten und einem deutschen Manne Platz machen. Der Reichstagsabg. Rechtsanwalt Dr. Frank 2. München, der zuletzt sprach, teilte unter dem Enttäuschungssturm der Versammlung mit, daß die politischen Gegner bereits Adolf Hitler Giftfläschchen und vergiftete Wildenten zuzenden und Heberläse auf ihn versuchen, und erklärte dazu, daß Deutschland etwas erleben werde, wenn auch nur ein Schuß auf Hitler falle. Für jeden unserer Toten werden wir ein Gericht abhalten, daß man noch nach einem Jahrtausend von diesem Gericht sprechen wird. Offiziell erklären wir, daß gegenüber dem roten Nord von jetzt ab die SA und die SS das gesetzliche Notwehrrecht in vollem Umfang in Anwendung bringen. Um das katholische deutsche Volk zu retten, muß man das Zentrum gänzlich vernichten. Das ist eine der nächsten Aufgaben, die wir vorhaben.

# Der Deutsche Städtetag zur letzten Notverordnung

Bereinigung der Arbeitslosenhilfe gefordert

II. Berlin, 26. Juni. Die Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages am 24. und 25. Juni in Berlin fanden im Zeichen der letzten Reichsnotverordnung. Die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Städte stellen mit Genugtuung fest, daß endlich eine Reichsregierung die Notwendigkeit und Verpflichtung anerkannt hat, die Lasten der Wohlfahrts- und Arbeitslosenfürsorge gemeinsam mit den Kommunen zu tragen.

Der Vorstand stellte einmütig und mit Nachdruck fest, daß die in Aussicht genommene Reichshilfe nach Umfang und Art nicht genügt, um die katastrophale Lage der Städte endgültig zu bessern. Die Reichsregierung geht von Voraussetzungen aus, die nicht zutreffen. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, die von der Reichsregierung im Jahresdurchschnitt 1932 mit 2,15 Millionen angenommen worden ist, ist zu gering geschätzt, sie beträgt heute bereits 2,25 Millionen. Der voraussichtliche Fehlbetrag dieses Haushaltsjahres betrug am Anfang des Jahres nach vorsichtigsten Schätzungen, die von den amtlichen Stellen anerkannt sind, mindestens 750 Millionen Reichsmark für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die jetzige Reichshilfe ist um rund 440 Millionen Reichsmark höher als im vorigen Haushaltsjahr unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Reichshilfe wirklich in vollem Maße zur Ausfüllung kommt. Dadurch würde sich der Fehlbetrag dieses Jahres auf 310 Mill. Reichsmark verringern. Leider werden die Gemeinden durch die Kürzung der Sozialrenten auf neue belastet, weil sie in einer großen Anzahl von Fällen zur Erhaltung äußerster Existenzminimums der Sozialrentner und der Empfänger der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nicht umhin können, Zusatzunterstützungen neben den Sozialleistungen zu gewähren. Daher wird sich der voraussichtliche Fehlbetrag immer noch auf mindestens 350 Mill. belaufen.

Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe entspricht nicht den Grundfäden einer sparsamen und einfachen Verwaltungsorganisation. Entgegen dem Vorschlag des Deutschen Städtetages und zahlreicher anderer Stellen ist eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe nicht erfolgt. Die Dreiteilung in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge ist aufrechterhalten worden. Es ist vorgesehen, daß in jedem einzelnen Fall der Arbeitslosenversicherung (von der 7. Woche an) und der Krisenfürsorge die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen zu prüfen hat. So werden in Hunderttausenden von Fällen zwei Behörden nebeneinander tätig. Dies führt zu den größten Verwaltungsschwierigkeiten, da das Arbeitsamt selbstständig die Hilfsbedürftigkeit zu prüfen hat, muß es seinerseits auch in eine materielle Prüfung eintreten. Eine derartige Doppelarbeit ist überflüssig. Geradezu grotesk ist das Rechtsmittelverfahren geregelt. Der Arbeitslose hat das Recht, sowohl gegen das Gutachten der Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit als auch gegen die Entscheidung des Arbeitsamts Einspruch einzulegen, über den zwei verschiedene Beschwerdestellen entscheiden. Zwei Stellen sind auch dann beteiligt, wenn die Arbeitslosen infolge zu geringer Unterstützungen in der Versicherung und der Krisenfürsorge zuzufällige Gemeindeunterstützung erhalten müssen.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe bei den Gemeinden eine dringende Notwendigkeit ist. Besondere Schwierigkeiten bringen die Übergangsbestimmungen. Es ist in den großen Städten völlig unmöglich, bis zum 28. Juli die Hilfsbedürftigkeit in allen Fällen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zu prüfen.

Verhandlungen über die Ernährungs- und Landwirtschaft wurden un-

ter Vorsitz von Reichsminister Freiherr von Braun mit den Zentralinstituten sowie mit den Vertretern von Landwirtschaft, Handel, Mühlen und Genossenschaften die in finanzieller Hinsicht für die Aufnahme und Begebung der Ernte zutreffenden Maßnahmen erörtert. Die von der Kreditseite her in Aussicht genommenen Schritte werden zusammen mit den bei der neuen Ernte zu treffenden Maßnahmen in Kürze bekanntgegeben werden.

## Nationalsozialistische Forderungen

Für ein Verbot der KPD.

Die Nat. soz. Korrespondenz nimmt zu den letzten Unruhen in der Reichshauptstadt Stellung. Sie schreibt: „Wir fordern rasch die Verhängung des Ausnahmezustandes im gesamten deutschen Staatsgebiet, ein rückwärtslos durchgeführtes Verbot der KPD, und ihrer Dekorganisations-, Säuberung der Schwarz-roten Polizeikräfte, insbesondere in Preußen. Es ist 5 Minuten vor 12! 15 Millionen Nationalsozialisten fordern wiederum die schon seit Wochen verabsäumte und ängstlich gemiedene Tat: Bleibt sie auch jetzt wieder aus, dann wird die Entwicklung ihren Lauf nehmen müssen.“

## Unruhen in Duisburg

Kommunistische Ausschreitungen bei einer Beerdigung

II. Duisburg, 26. Juni. Die Beerdigung des Kommunisten Bischof, der einer bei politischen Auseinandersetzungen erlittenen Stichverletzung erlegen war, versuchten die Kommunisten zu einem großen Propagandazug zu gestalten. Aus allen umliegenden Städten waren Parteihänger in Duisburg zusammengezogen. Man schätzt die Menge auf 10- bis 12.000 Personen, darunter viele Frauen und Kinder. Die Polizei begleitete die Züge auf 30 Ueberfallwagen. Schon zu Beginn war es im Stadtteil Ruhrort zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die das Entfallen der roten Fahnen beanstandet hatte. Die Beamten mußten den Gummitrübepel gebräuchen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Als eine Schalmeyen-Kapelle verbotene Lieder des Rotfrontkämpferbundes spielte, versuchten die Beamten die Kapelle abzurängen. Hierbei gingen die Kommunisten mit Stöcken und Steinen gegen die Beamten vor. Angesichts der bedrohlichen Haltung der riesigen Menschenmenge griffen die Beamten zu den Karabinern. Zwei Demonstranten erlitten Schutzverletzungen.

## Der Fall v. Bomhardt

Oberforstmeister von Bomhardt zu Gefängnis verurteilt

II. Paris, 26. Juni. Der deutsche Oberforstmeister von Bomhardt, der vor einigen Tagen mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Rombach bei Metz gekommen war, um seiner ehemaligen Wirkungsstätte einen Besuch abzustatten und der bei dieser Gelegenheit von der französischen Polizei verhaftet wurde, ist vom französischen Strafgericht in Metz wegen Übertretung des Ausweisungsbefehls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Gattin von Bomhardt und seine beiden Söhne, die gleichfalls verhaftet worden waren, wurden an die Grenze zurückgebracht.

Die deutsche Botschaft ist im französischen Außenministerium vorstellig geworden, um die Freilassung des Oberforstmeisters von Bomhardt zu erwirken. Es ist richtig, daß ein Ausweisungsbefehl gegen von Bomhardt vorliegt, der bisher nicht aufgehoben worden war. Nach französischem Recht war eine Beurteilung schon aus dem Grunde notwendig, weil ein Ausgewiesener nicht das Recht hat, französischen Boden zu betreten.

## Kleine politische Nachrichten

Keine bürgerliche Sammelpartei. Die Bestrebungen zur Bildung einer bürgerlichen Sammelpartei sind bis auf weiteres vertagt worden. In einer Erklärung des Arbeitsausschusses heißt es u. a.: Die Feststellungen des Arbeitsausschusses haben zu der Erkenntnis geführt, daß unter dem

Druck der bevorstehenden Reichstagswahl das weit gestreute Werk der angebotenen Sammlung nicht zu einer der Zukunftsbedeutung der Aufgabe entsprechenden Durchführung gebracht werden kann.

Minister a. D. Scholz 7. Reichsminister a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der DVP, ist, wie der „Montag“ berichtet, nach längerem Kranksein in den Abendstunden des Sonntag in Berlin gestorben. Reichsminister a. D. Scholz stand im 58. Lebensjahr.

Besuch Grandis bei von Neurath. In Lausanne stattete der italienische Außenminister Grandi dem Reichsaußenminister v. Neurath einen längeren Besuch ab. Im Laufe dieser Unterredung hat v. Neurath den italienischen Außenminister über den Gang der deutsch-französischen Verhandlungen unterrichtet.

Neue Zusammenstöße in Antwerpen. Bei neuen Zusammenstößen zwischen wallonischen und flämischen Frontkämpfern in Antwerpen sind rund 100 Personen verletzt worden, 120 Personen wurden von der Polizei verhaftet. 30 Verhaftungen wurden aufrechterhalten.

Zustimmung des Königs von Siam zum Verfassungswechsel. Wie aus Bangkok gemeldet wird, hat der König von Siam telegraphisch von seinem gegenwärtigen Aufenthaltsort Huahin aus „von ganzem Herzen“ seine vollkommene Zustimmung zu dem infolge des Aufstandes durchgeführten Verfassungswechsel von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie erteilt.

Opiummonopol in China. Der chinesische Ministerpräsident Wangwei erklärte, daß die Regierung beschlossen habe, das Opiummonopol in China einzuführen. Die Einführung von Opium solle später beschränkt werden.

## Die Revolution in Siam

II. London, 26. Juni. Es bestätigt sich, daß die Revolution in Siam zur Einführung einer konstitutionellen monarchischen Verfassung geführt hat. Nach dem königlichen Kommando ist ein Kriegsschiff abgefordert worden, um den 33jährigen König Prajadhipok, der sich augenblicklich mit der Königin dort aufhält, nach der Hauptstadt Bangkok zurückzubringen. Die Aufständischen haben in Bangkok das Gerichtsgebäude besetzt und zwei königliche Prinzen als Geiseln gefangen genommen. Auch der Polizeichef von Bangkok wurde verhaftet. Bis her ist der Chef des Generalstabes das einzige Opfer des Aufstandes. Der Aufstand ist von der Marine mit Unterstützung eines Teiles der Armee durchgeführt worden, die eine neue „Volkspartei“ gebildet haben, deren nunmehr erreichtes Ziel es war, den König seiner absoluten Macht zu entkleiden. Außerdem haben die Hintergründe der revolutionären Bewegung ihren Ursprung in der schweren Wirtschaftskrise, die das Land im Augenblick durchmacht.

## Aus aller Welt

3 Tote, 22 Verletzte beim Autorennen in Nancy

Gelegentlich der Automobilwettkampf „Rund um Vohringen“ ereignete sich am Sonntag nachmittags ein schwerer Unglücksfall, wobei drei Personen getötet und 22 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Einer der Rennfahrer verlor unweit von Nancy die Gewalt über das Steuer und raste in die Zuschauermenge. Eine 31jährige Frau und ihr 13jähriger Sohn, sowie ein noch unbekanntes Kind von 8 Jahren wurden auf der Stelle getötet, während 22 Personen, darunter verschiedene Soldaten, zum Teil sehr schwer verletzt wurden.

Verwegener Raubüberfall auf ein Bankgeschäft

Zwei unbekannte Männer drangen in das im Zentrum Berlins befindliche Bankgeschäft von Voening ein und forderten unter Vorhalten einer Pistole die Herausgabe des Bargeldes. Aus dem Geldschrank raubten die Täter etwa 2000 Reichsmark und einige wertvolle Schmuckstücke. Die Täter sind unerkannt entkommen.

# Der Sturz von der Höhe

Original-Roman von Fritz Ritzel-Mainz  
Copyright by Verlag „Neues Leben“  
Bayr. Gmain. Obb. Nachdruck verboten

28

Aber es sollte eine Stunde kommen, in welcher alte, längst für immer schlummernd geglaubte Empfindungen wieder in ihr wachgerufen wurden. Um die Bestimmungen ihres Gatten wegen der zu einem bevorstehenden Gesellschaftsabend zu erlassenden Einladungen einzuholen, war die junge Frau eines Tages nach dem Arbeitszimmer Hugo Weltys gekommen, in dem sie ihn in Gesellschaft eines eleganten, französisch sprechenden Herrn antraf. Auf den dicken Teppichen verhallten ihre Schritte, so daß die lebhaft plaudernden und lachenden Herren ihr Kommen nicht eher wahrnahmen, bis sie auf der Schwelle stand. Gerade hatte sie gehört, wie der Fremde in seiner eben auf eine Frage Hugo Weltys gegebenen Antwort den Namen Lafleur nannte, und wie ein Blick durchfuhr es sie. Hatte der Franzose, der damals die kostbare Uhr in dem Geschäft ihres Vaters gekauft und Feliz Tauber nach Frankreich entboten hatte, nicht Lafleur geheißen? Sie hatte nicht Zeit, weiteren Gedanken nachzuhängen, denn ihr Gatte, der dem Anschein nach von ihrem plötzlichen Erscheinen etwas peinlich überrascht war, stellte ihr den Fremden als einen Herrn Charlot vor, der mit der Firma Welty u. Co. in geschäftlicher Verbindung stehe. Mit gewinnender Höflichkeit begrüßte Herr Charlot die Dame des Hauses und wechselte einige gleichgültige Phrasen mit ihr, indes Herr Hugo Welty seiner Frau die geforderte Auskunft gab, indem er ihr einen mit Namen beschriebenen Zettel überreichte. Langsam sich entfernend, blieb Helene in dem anstoßenden Zimmer stehen und lauschte, um vielleicht zu erfahren, was es mit dem Namen Lafleur für eine Bewandnis habe. Aber die Herren hatten nach ihrem Fortgehen die Stimmen gedämpft, und nur die mit heller Stimme von dem Besucher getane Ausrufung vernahm sie: „Sapristi — um ein solches Weib zu besitzen, wäre ich fähig, einen Mord zu begehen!“

## Aufrichtiger Fährte.

Es war eine fröhliche Gesellschaft, die sich heute gegen Abend an einem der Stammtische in der gemühtlichen, in mittelalterlichem Stile eingerichteten „Altdeutschen Bierhalle“ zusammengefunden hatte, jüngere und reifere Herren, die dem Aussehen nach sämtlich den besseren Ständen angehörten und zum Teil Künstler zu sein schienen. Die Unterhaltung drehte sich um die von einem der bedeutendsten Komponisten der Gegenwart geschriebene Oper „Narda“, die heute zum ersten Male in dem Opernhause zur Aufführung kommen sollte und von welcher einer der Herren, der als besonders Begnadeter die Generalprobe angehört hatte, wahre Wunderdinge erzählte. Um das Werk in seiner ganzen packenden Größe zur Geltung zu bringen, hatte die Direktion eine der ersten dramatischen Sängerinnen von der Oper der Reichshauptstadt, Fräulein Martha Möller, für die Titelrolle gewonnen, was besonders deshalb das höchste Interesse wachrief, weil die als Berühmtheit geltende Künstlerin ein Kind der Stadt war und heute zum ersten Male auf der heimatischen Bühne auftrat. Man brannte ordentlich vor Begierde, Martha Möller zu hören und sich davon zu überzeugen, ob sie in künstlerischer Hinsicht wirklich das Phänomen sei, als welches sie in den Besprechungen der Tagesblätter geschildert wurde.

„Habe sie vor drei Jahren auf dem Musikfest gehört“ schnarrte eben einer der Herren, dem man auf den ersten Blick den Offizier in Zivil ansah. „Pyramidales Organ! War damals noch simple Lehrerin am hiesigen Konservatorium! Hätte gleich zehn gegen eins gewettet, daß aus der was wird und Recht habe ich behalten!“

„Platen kennt sie ja persönlich — verkehrte häufig mit ihr!“ rief ein Anderer. „Dann laß doch endlich einmal deine langweilige Beserei, Platen, und erzähle!“

Mit diesen Worten wandte sich der Sprecher an Herrn Ingenieur Platen, der an dem einen Ende des Tisches saß und eifrig in einer Zeitung las. Er war so vertieft in seine Lektüre, daß erst ein nochmaliger Zuruf ihn aufmerken ließ. Mit einer Geberde, in welcher etwas wie Unwillen über die Störung lag, fragte er:

„Was soll ich sagen, was erwidern? Mag ein Andrei Worte finden!“

„Von Martha Möller sollst du uns erzählen — von der vergötterten Diva, die du doch persönlich kennst!“

„Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt Eurer Schuld empfohlen sein!“

„Der Mensch ist so vollgepropp mit Zitäten, wie eine Tonne mit Herzingen!“ lachte der Frager halb ärgerlich. „Uebersehe doch gütigst deine dichterischen Weisen in unser geliebtes Deutsch und gib das, was du von ihr weißt, zum Besten!“

„So — nun was wollt Ihr denn wissen?“ fragte der Ingenieur sich umwendend.

„Was wir wissen wollen? Welche Frage! Was Martha Möller für eine Art Menschenkind ist!“

„Kann ich dir mit dem besten Willen nicht verraten, teurer Rudolf!“ erwiderte Platen. „Was sie für ein Menschenkind war, das entsinne ich mich, aber was aus ihr geworden ist, das wissen die Götter! Es wächst der Mensch mit seinen höh'eren Zwecken!“

„Nun, was war sie denn? Es interessiert doch männiglich, von einem Stern erster Güte zu hören, dem die begehrtesten Wiener nach der Vorstellung die Pferde ausgespannt haben!“

„Ich habe sogar gehört“, warf Platen ruhig ein, „daß man ihr in Petersburg das Benzin aus dem Auto soff und die Karre mit vereinten Kräften von hinten schob!“ Alle brachen in ein schallendes Gelächter aus, in welches auch der mit Rudolf Angeredete einstimmt und dann sagte:

„Aus welchem Blyblatt hast du denn dieses Zitat aufgehabelt? Das riecht arg nach den „Fliegenden Blättern“. Aber weiß doch nichts aus dir herauszubringen ist als faules Reimegedrechsel, so will ich den Herren verdammen, weß Art die Biesgepriesene ist. Mein Bruder Bernhard, der Pfarrer an der Mathildenkirche in der Residenz, hat mir bei seinem letzten Besuche von ihr erzählt. Nach ihm ist sie ein Ausbund aller Tugenden und genießt in den besten Kreisen ihres tadellosen Lebenswandels halber alle Verehrung. Sie lebt ganz ihrer Kunst und kennt keinen anderen Verkehr als den in den gebiegensten Familien.“

„Ein theatralisches Unikum!“ schnarrte der Offizier in Zivil.

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaftsminister Dr. Maier in Calw

Vergangenen Samstag sprach der würt. Wirtschaftsminister Dr. Maier auf Einladung der Deutschen Demokratischen Partei Calw in einer öffentlichen Versammlung, abgehalten in den kleinen Sälen des „Bad Hof“, über „Volksnot und Wirtschaftsnot“. Der Minister sprach einleitend über den Ansturm des Radikalismus gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und stellte an Hand statistischer Untersuchungen über die Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes in den letzten Jahren fest, daß erstere in der Krise nicht versagt habe. Die Forderung auf Abänderung der Wirtschaftsordnung sei solange ohne Belang, als man nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen wisse. Besteres sei bis heute nicht der Fall. Die sozialistischen und kommunistischen Programme stützen sich allein auf eine geschickte Kritik. Die darin enthaltenen Vorschläge zeigten, wie man es haben möchte, nicht aber wie man es haben könnte. Der klassische Widerspruch zwischen Produktion und Güterverteilung in der ganzen Welt sei gegenwärtig die beste Handhabung des Radikalismus. Um zu zeigen, was eigentlich Kapitalismus ist, und daß die Wirtschaft von der Natur und dem Menschen, nicht allein vom Kapital getragen wird, gab der Minister einen gründlichen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der würt. Industrie. Aus kleinsten Verhältnissen ist sie vor 50 Jahren entstanden, durch Zusammenwirken von Arbeit und Kapital stark geworden und dank ihrer Vielseitigkeit und ihrem gesunden Aufbau auf kleinen und mittleren Betrieben auch in Krisenzeiten widerstandsfähig geblieben.

Minister Dr. Maier streifte sodann die engen in Wechselwirkung stehenden Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik. Ohne Kapital und Vertrauen könne die Wirtschaft nicht leben. Die politische Verheugung und Beunruhigung des Volkes müsse deshalb ein Ende finden, denn sie entziehe der Wirtschaft durch Störung des Vertrauens Kapital. Die politischen Ausschreitungen, wie die Ermordung Erzbergers und Rathenau's, habe die deutsche Wirtschaft hängen müssen; seit den letzten Reichstagswahlen mit den radikalen Wahlsiegen sei sie rapide abwärts gegliitten. Es sei kein Wunder, daß ein Land, in dem in einem Jahre 300 politische Morde sich ereignet hätten, nicht mehr als kreditwürdig gelte. Der Minister wies darauf in Zusammenhang mit einer scharfen Kritik der „radikalen Verheugungspolitik“ eine beleidigende Äußerung des nat.-soz. Reichstagsabgeordneten Göttschel gegen die Führer der süddeutschen Staaten anläßlich ihres Berliner Protestes zurück. Er sagte, das würt. Volk werde kein Verständnis dafür haben, wenn die nachdrücklichen Bemühungen der würt. Regierung um Wiederingang außerordentlicher Benachteiligungen mit groben Beleidigungen beantwortet würden. 42 Millionen RM. habe die würt. Wirtschaft seit 1927 an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung an Uebererschüssen abgeführt, im Rechnungsjahr 1931 allein 14 Millionen. Auch bei der verstärkten würt. Arbeitslosigkeit der Gegenwart fließen noch Monat für Monat Beträge, die monatlich in die Million hereingehen, an die Reichsanstalt auf Rimmerwiedersehen. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg hat ebenfalls 42 Millionen an andere deutsche Anstalten abgeführt. Von den insgesamt 982 Millionen RM. ausgegebenen und geplanten Reichshilfe für die Gemeinden soll Württemberg nur insgesamt den Betrag von 3,117 Millionen RM. erhalten, anstatt einem ihm nach dem Steuererteilungsschlüssel zukommenden Betrag von 36 Millionen RM. Wenn Württemberg diese Beträge hätte, so könnte es die bestehende Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft mit Stumpf und Stiel ausrotten. Der Kampf gegen diese Benachteiligungen und gegen die Benachteiligung auf einer Reihe anderer wichtiger Gebiete müsse mit aller Energie weitergeführt werden; daran werde die würt. Regierung auch noch so törichte Angriffe, welche parteipolitischen Geist entspringen, sich nicht hindern lassen. Die Sorge für das Land stehe an erster Stelle.

Auf die Regierung von Papen setzte der Minister keine großen Erwartungen. Es sei, so sagte er, die ganz nüchterne Feststellung einer bebauerlicher Weise unbestreitbaren Tatsache, daß Württemberg von der neuen Reichsregierung erneute Uebersteigerungen der bisher schon bestehenden schweren Benachteiligungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu erwarten habe. Beim Kabinett Brüning habe Württemberg besonders auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung immer Verständnis, eine offene Hand und einen Willen zum Helfen gefunden. Auch bei den würt. Anträgen zum Schutze des Mittelstandes sei es rasch gelungen, etwas zu erreichen. Die Situation sei jetzt grundlegend verändert. Die günstigen persönlichen Beziehungen hätten aufgehört. Wir ständen neuen Männern gegenüber, die auf wirtschaftspolitische Ansichten eingeschworen seien, die dem eigenartigen Aufbau der würt. Land- und Forstwirtschaft und der Industrie abträglich sind. Die ersten Taten der Reichsregierung auf rein wirtschaftlichem Gebiet gäben einen deutlichen Anhaltspunkt. Die neuen Holzölle dienten nicht dem süddeutschen Holz, das in allererster Linie notleidend sei, sondern seien ganz auf norddeutsche Verhältnisse zugeschnitten. Wenn die ganze Herkunft, die ganze Zusammenfassung der Reichsregierung überhaupt einen Sinn haben sollte, so werde sie eine Agrarpolitik treiben müssen im Sinn und nach dem Willen des Reichslandbundes, der wahrhaftig schon oft bewiesen habe, daß er über Ellenbogen verfügt, auch über die Ellenbogen, die besonders gearteten Interessen der südwestdeutschen Landwirtschaft an die Wand zu drücken. Man werde in erster Linie nur an den Schutz des Getreides denken, vom Schutze der Veredelungswirtschaft sehr viel reden, aber nichts für sie tun. Württemberg müsse gegen die autarkische Grundrichtung gerade vom Standpunkt seiner Wirtschaft mit der letzten Kraft sich wehren; sonst verfinke gerade es in die bitterste Armut. Württemberg sei nicht entfernt in der Lage, seine Bevölkerung selbst zu ernähren. Die Hälfte allein des Brotgetreides komme von außerhalb des Landes. Nicht die Hälfte der Bevölkerung könne bei uns Brot und Arbeit finden. Große Städte würden zu armeneligen Alb- und Schwarzwalddörfern herab-

sinken. Schwere Schäden hätte auch die Landwirtschaft, die für den Verkauf von Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse doppelt und dreifach auf eine kaufkräftige städtische Bevölkerung angewiesen sei.

Der Minister kam dann auf den Streit um das Siedlungsproblem zu sprechen, dem die neue Regierung ihr Entsetzen verdanke. Das Siedlungsproblem sei eine der ersten Fragen der preussischen Politik und habe schon mehrfach die Reichspolitik bestimmt. Die alten Kräfte, welche vor dem Weltkrieg die Schaffung von Bauernsiedlungen in Preußen aus Gründen der Staatsraison abgelehnt hätten, seien heute noch am Werke. Der gegenwärtige Reichsinnenminister Frhr. v. Gagl habe als Anwalt der preussischen Großgrundbesitzer die Ost-Siedlungspläne Brünings u. Schlangenschnitzens, die bekanntlich die Aufteilung nicht mehr lanierungsfähigen Großgrundbesitzes vorsahen, durchkreuzt und das Kabinett Brüning zu Fall gebracht. Die Großagrarien forderten Milliardensubventionen, Schutzölle und tausenderlei Vorteile für sich selbst und hätten den Gedanken des Wohlfahrtsstaates stark für sich in Anspruch genommen. Der Volk könnte das Opfer für die Landwirtschaft — die Verteuerung der Agrarprodukte durch Ölle um 25 bis 30% über Weltmarktpreis — aber nur dann weiter bringen, wenn der alte Streit Großgrundbesitz — Bauernsiedlung klar zugunsten der letzteren entschieden werde. Der Zerfall des Volkes im Osten in Besitzlose und beschloße Massen müsse durch Schaffung eines lebensfähigen Mittelstandes, auf dem die Wirtschaft ruhen könne, aufgehoben werden, andernfalls siege der Bolschewismus. Die Preussenregierung habe seit 1919 40 000 Siedlerstellen im Osten geschaffen, also schon eine achtunggebende Vorarbeit geleistet, um so mehr als Siedlung keine Frage der Arbeitsbeschaffung, sondern die Arbeit einer Generation sei. Nachdem der Minister sich zu einer praktischen Mittelstandspolitik bekannt hatte, die im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes liegt, da sie der Wirtschaft eine sichere Grundlage gibt und soziale Gegensätze ausgleicht, versprach er, die Interessen Württembergs wachsam zu wahren und in stiller, zäher Arbeit für die Ueberwindung der Krise zu arbeiten.

Der letzte Abschnitt der Rede galt rein politischen Fragen. Der Minister führte z. T. unter lebhafter Unruhe und Zwischenrufen aus der Versammlung etwa folgendes aus: So klar die wirtschaftliche Linie liegt, von der aus die würt. Bevölkerung den Reichstagswahlkampf betrachten muß, um so verwirrt ist die Beurteilung des staatspolitischen Sinns der bevorstehenden Auseinandersetzung. Die Frage des Uniformverbots und des Demonstrationsverbots sind keine nebenwärtigen Kleinigkeiten. Es geht vielmehr in ihnen um den Bestand des Staates und ohne einen starken Staat gibt es keine gesunde Wirtschaft! Von Anfang an hätten alle militärischen Organisationen verboten werden sollen, neben der SA. auch sämtliche sonst bestehenden Verbände. Das Recht zum Tragen von Uniformen kann nur dem Heer, der Polizei und den Vertretern der öffentlichen Gewalt zukommen. Die Gestaltung von Uniformen an beliebige Verbände muß notgedrungen zu Gewalttätigkeiten und in erhöhtem Maße zu Blutvergießen führen. Ein Staat, der es duldet, daß sich in seinen Grenzen ein neuer Staat mit einer nach Hunderttausenden zählenden Privatarmee bildet, gibt sich selber auf. Es ist eine durchaus irrtümliche Auffassung vom Wesen der Demokratie, wenn man meint, sie müsse jede Bewegung dulden, jede Bewegung sich ausleben lassen. Auch die Demokratie geht von der Idee eines starken Staates aus, eines Staates, der allen denen entgegentritt, welche die offenkundigen Vorbereitungen dazu treffen, gleich stark gerüstet zu sein, um gegebenenfalls es mit dem Staat anzunehmen. Die Väter der Demokratie, die alten Griechen, machten schon den bezeichnenden Unterschied zwischen Demokratie, der Herrschaft der Hausen, und der Demokratie, der Herrschaft des Volkes. Auch heute soll der Staat über die Hausen herrschen und nicht die Hausen über den Staat. Herr Hitler hat für die Aufhebung des SA.-Verbots alles hingegenommen; er hat gezeigt, daß ihm wichtige Dinge, wie Siedlungsgebäude, Sorge für die Kriegsoptionen, die Fürsorge für die Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen, alles miteinander Sorgen zweiter Ordnung sind. Er hat die neue Notverordnung im Aufschub und Vogen geschluckt um das Infanteriegericht der SA! Das Kampfziel der Nationalsozialisten ist nicht wirtschaftliche Besserung, ist nicht die wirtschaftliche Besserstellung des einzelnen Menschen oder einzelner Klassen, sie wollen einzig und allein die Macht im Staate. Sie wollen allein den Staat in die Hand bekommen, um dann — unkontrolliert durch die Wähler und das Parlament — mit dem Staat zu machen, was ihnen beliebt. Daß sie die alleinige Macht im Staate wollen, ist sehr verständlich; denn sie wissen genau, daß wenn ihre Bewegung in die Tretmühle der Bürokratie, in die Zwischmühle der Koalition kommen wird, die Bewegung hieran zerschellen, sie zerstreut sein wird wie Spreu im Wind. Die Nationalsozialisten wissen genau, daß wenn sie auch nur ganz kurz regieren werden und nach dieser Regierungszeit sich wieder vor den Wählern verantworten müssen, sie nach den grandiosen Versprechungen, die von ihren Agitatoren gemacht wurden, zusammenschmelzen werden wie Butter an der Sonne. Der Minister schloß mit der Mahnung, den Parteigoismus zurückzustellen und gegen den überhandnehmenden Mißmut anzugehen. Der deutsche Süden müsse zum Wohle des Reiches ein Hort des Widerstandes gegen den Radikalismus bleiben. Bei Wahrung von Vernunft und Mäßigung in politischen Dingen werde die Krise erträglich überwunden und die alte Lösung ihre Berechtigung behalten: Sie gut Württemberg allemal!

Verwaltungsdirektor Proß dankte als Versammlungsleiter dem Minister für seine Ausführungen und anerkannte dessen verdienstvolles Wirken für das Land in warmen Worten. Anschließend fand noch eine längere Aussprache statt, an der die Herren Steuerberater Entenmann, Stadtrat Wurster, Stadtrat Haile, Handelschuldbreiter Bügel und Dr. W. Hausmann-Stuttgart teilnahmen und auf kritische Anfragen von Minister Dr. Maier Aufschluß erhielten.

## Württembergischer Landtag

Die Uniformfrage im Sonderausschuß des Landtags. Der Sonderausschuß für Geschäftsordnungsfragen behandelte die ihm überwiesenen Anträge der letzten Vollversammlung des Landtags, in denen das Tragen von Parteiuniformen während der Landtagssitzung geprüft werden soll. Berichterstatter war Abg. Dr. Maier (DD.). Auf Wunsch des Ausschusses war auch Staatsrat Hegelmaier anwesend. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob das Tragen von Parteiuniformen im Landtag während der Sitzungen gestattet sein soll und sodann ob in die Geschäftsordnung eine entsprechende Bestimmung aufgenommen werden soll. Nach längeren Verhandlungen, die teils der rechtlichen Seite der Frage galten, teils die sachlichen Gründe, die gegen ein Tragen von Parteiuniformen im Landtag in den Vorbergründen rücker, kam schließlich im Ausschusse eine Einigung zustande. Die Vertreter der Nationalsozialisten gaben folgende Erklärung ab:

„Die nationalsozialistische Fraktion hatte nach Aufhebung des Uniformverbotes von vornherein nicht die Absicht, über die erste Landtagssitzung hinaus ohne besondere Veranlassung im Brauhemd bei den Sitzungen zu erscheinen. Die Tatsache, daß gegen das Erscheinen der nationalsozialistischen Fraktion im Brauhemd in der Sitzung am letzten Donnerstag von der Mehrheit des Hauses Einwendungen erhoben wurden, zwang uns, auch weiterhin bei den Vollsitzungen das Brauhemd anzulegen. Wir müssen auch weiterhin das Recht für uns in Anspruch nehmen, das Brauhemd auch innerhalb des Landtags zu tragen, erklären aber, daß keine Veranlassung vorliegt, unseren zu Eingang dieser Erklärung und die auch schon gestern dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Andre, gegenüber dargelegten Standpunkt zu ändern“. Daraufhin beschloß der Ausschuss, von dieser Erklärung Kenntnis zu nehmen und von weiterer Beschlussfassung abzusehen.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 27. Juni 1932.

### Der Tag des Liedes

Am gestrigen Sonntag begingen die deutschen Gesangsvereine in der Heimat und in aller Welt den dritten Deutschen Liedertag. Soweit die deutsche Sprache klingt, in Stadt und Land haben die Sänger für das Lied und für den Gesang, die volkstümlichste Kunst der Deutschen, geworben. Der Liedertag war darüber hinaus eine Werbung für unverlierbares Volksgut und Volkstum und ist dadurch zu einer Angelegenheit der Allgemeinheit geworden. Wir haben guten Grund, uns die Pflege volkstümlicher Sangeskultur angelegen sein zu lassen, hat doch das deutsche Singen einen milden Zug, jenen Feiertagsausdruck deutschen Gemüts in das trostige, leiddurchfurchte Antlitz der neuen Zeit gebracht, indem es dem Volke wieder Weisheiten bot und ihm sein Sonntagsgewand neu schenkte. Das Volkslied ist ein treuer Begleiter durchs ganze Leben. Es summt an der Wiege des Kindes, es krällert durch die frühe Jugend, es frent, trauert und lebt im Frühling und Sommer und wird Schicksal, Rückblick und Erinnerung im Herbst und Winter des Lebens. Immer ist es da, wenn wir es für die Stunde brauchen. Alles, was wir Deutsche fühlen und erleben, klingt aus dem Liede des Volkes heraus und macht es so zu einem Hort der Seele. Der Deutsche Liedertag hat erneut die starken geistigen Kräfte des Volksgefangs gewahrt werden lassen und die Hoffnung entzündet, es möge den deutschen Sängern gelingen, alle bösen Geister unserer zwieträchtigen Zeit nieder- und alle edlen, unserm Volke anvertrauten Kräfte wachzurufen. — Der Calwer Liederkranz wurde dem Deutschen Liedertag unter Mitwirkung der Stadtkapelle durch ein wohlgeklungenes Freikonzert auf dem Markt in schönster Weise gerecht. Eine große Hörerschaft hatte sich hierzu im Umkreis des Rathauses eingefunden, um den schönen Darbietungen des Männerchors und der Stadtkapelle zu lauschen. Den Auftakt gaben die beiden echt deutschen, männlich-fernen „Bundeslieder“ von Mozart und C. Fr. Zelter. Der stattliche Männerchor sang sie, durch Bläserbegleitung unterstützt, sehr wirkungsvoll, wobei Musikdirektor Schrafft als Stabsführer um eine lebhafte und in allen Stimmgruppen ausgeglichene Wiedergabe besorgt war. Eine Anzahl schöner volkstümlicher Liedvorträge vervollständigte das Gesangsprogramm. Man hörte Hegars „Morgen im Walde“ in einer frischen, dynamisch sehr gut ausgewogenen Wiedergabe, Simon Breus im tiefsten deutschen Volkslied „Ewig liebe Heimat“, das „Abschiedslied“ in der gemütvollen Bearbeitung von Fr. Eicher und schließlich den „König von Thule“ nach Immanuel v. Faß, besonders wirksam vertont im dramatischen Beginn der dritten Strophe. Der Liederkranz-Chor sang all diese Lieder mit feinem Abschluß und inneren Verhältnis. Die Stadtkapelle unter Leitung ihres bewährten Führers, Musikdirektor Frank, ergänzte die Veranstaltung durch den Vortrag mehrerer Musikstücke. Gespielt wurden eine reizvolle Lustspiel-Quartette von Keller Béla, der beliebte Schachwalzer aus dem „Zigeunerbaron“ von J. Strauß, ein hübsches schwäbisches Liebespotpourri und als Abschluß der „Porta Hungarica-Marsch“ von Morana. Die farbigen und melodischen Kompositionen erfuhr eine sichere, klare und temperamentvolle Wiedergabe. Erwähnt sei noch, daß vor der Konzertveranstaltung der „Liederkranz“, einer guten Sittgeleitenden, im dem Bezirkskrankenhaus zur Freude der Insassen mehrere Quartette, Lieder vortrug und dankbaren Beifall ernten durfte. Besonders das polyphon gefachte, schwierig zu singende Quartett von Markus Koch: „Der Mensch lebt und besteht“ hinterließ hier einen nachhaltigen Eindruck.

### Better für Dienstag und Mittwoch.

Infolge der fortgesetzten Zufuhr maritimer Luftmassen kommt der Hochdruck im Westen nur wenig zur Geltung. Für Dienstag und Mittwoch ist zwar zeitweilig aufheitendes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

**Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!**

Siebenschlafertag

Alle Heberterung nennt den 7. Juni „Siebenschlafertag“. Das schwäbische Landvolk sagt vom Siebenschlafertag: „Regnet es am Siebenschlafertag, sieben Wochen lang es regnen mag“.

Ein glimpflich verlaufener Unfall ereignete sich gestern Nachmittag auf der Bahnstrecke Althengstett - Calw. In dem von Stuttgart kommenden Nachmittags-Perlenzug war ein etwa 4-jähriges Kind einige Augenblicke unbeaufsichtigt geblieben.

Kammermusikabend des Kirchengesangsvereins Calw Der Kirchengesangsverein Calw bleibt auch in wirtschaftlich und politisch erschütterten Zeiten seiner Traditionen treu.

Eingangs hörte man das Konzert für Klavier und Orchester in F-Dur von Händel. Den Klavierpart spielte Fr. Hedwig Dieterich.

Auf Händel, dem musikalische Ohren gewisse Entwicklungswerte abzunehmen vermochten, folgte die Arie aus der Kantate: „Siehe, ich will viel Fischer aussenden“ von Bach.

wogte in allen Schattierungen. Das Wasserleben, von Metzer Bach in seine figurale Sprache überfetzt, wurde in einzigartiger Schönheit lebendig.

Im Mittelpunkt des Programms stand das E-Dur-Konzert von Bach, eines der berühmtesten und vielgespieltesten Violinkonzerte. Nach der Vorstellung des Themas begleitet die zweite Violine mit der Hälfte des Themas die Solovioline.

Herr Werner sang Vertonungen Goethescher Lieder von Schumann, Schubert, Wolff und Mozart. Sein Gestaltungsvermögen übertrifft noch die stimmlichen Mittel, über die der Sänger verfügt.

Den Schluß des Konzertes bildete das Flötenkonzert von Mozart in G-Dur. Festliche Themen im ersten Satz, ein breit angelegtes Adagio mit ziselierten Figuren, ein unbeschwertes, flüssiges Rondo.

Hirsau, 26. Juni. Die Singwoche, zu der sich vom 19. Juni ab eine Anzahl junger Menschen, Kaufleute und Arbeiter, zusammengefunden hatten, kam am Freitag abend in der Hirsauer Kirche zu einem feinen Abschluß.

der Gemeinschaft schaffenden Kraft dieses Singens, von der Duellkraft der alten Weisen für unsere Tage.

Nagold, 26. Juni. Bei der 6. Präsidial Sitzung des Württ. Kriegerbundes in Stuttgart wurde beschlossen, den durch die Hochwasserkatastrophe am Pfingstmontag schwer geschädigten Kameraden des Bezirksverbandes Nagold eine außerordentliche Unterstützung im Gesamtbetrag von 1000 RM. zu bewilligen.

StB. Pforzheim, 26. Juni. Die Pforzheimer Nationalsozialisten hatten eine Massenversammlung unter freiem Himmel geplant, auf der der Parteiführer Hitler sprechen sollte.

Stuttgarter, 26. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat dem früheren württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber zur Vollendung seines 70. Lebensjahres telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen.

Turnen und Sport

- Fußball. SpV. Frankfurt - FC. Nürnberg 0:2. Bayern München - Boldklub Kopenhagen 6:1. Stuttgarter Kickers - Boldklub Kopenhagen 2:1.

Den Vierverbändekampf der Leichtathleten in Wiesbaden gewann Berlin vor Mitteldeutschland; als nächste folgten Süd- und Westdeutschland.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 25. Juni. Obst: Erdbeeren (Gartenpreßlinge) 20-30; Stachelbeeren 18-20; Kirichen 15-25; Gemüse: Buischbohnen 50-65; Brokkelerbsen 12-15; Kopfsalat 3-5; Endivienalat 16; Wirsing (Kohlkraut) 8-10; Weißkraut, rund 12-15; Blumenkohl 10-30; Rote Rüben 10-12; Karotten, runde 1 Bund 7-12; Zwiebel 9-11; mit Rohr 1 Bund 7-8; Gurken, große 1 Stück 10-25; Rettiche 4-8; Monatsrettiche 7-8; Sellerie 10-25; Spinat 8-10; Moharber 3-7; Kopfkohlraben 3-5.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kopfsalat 5-7, Blumenkohl 20-30, Rettiche 3-5, Kohlraben 6-7, Gurken bis 35 Pfg. je das Stück; Spinat 15, Wirsing 12, Moharber 10, Zwiebel 16, Tomaten 45-60, Erdbeeren 45, Kirichen 25, Kartoffeln alter Ernte 5, neuer Ernte 10 Pfg. je das Pfund; Rettiche 15, gelbe Rüben 15 Pfg. je das Pfund; frische Eier 7 und 8, Enteneier 9, Kisteneier 7 und 8 Pfg. das Stück; Landbutter 1,30, Molkereibutter 1,60 RM das Pfund.

Amtl. Bekanntmachungen Zwangsversteigerung.

Am Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Stammheim M. Calw belegene, im Grundbuch von Stammheim Heft 1335 Abt. I Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Eheleute

Gustav Schraishuhn, Kaufmann und Johanna Schraishuhn geb. Schraishuon in Stammheim je zur Hälfte eingetragene Grundstück: Gebäude Nr. 250, 4 a 27 qm Wohnhaus mit Veranda und Hofraum Parz. Nr. 312, 11 a 25 qm Baumgarten in Seewiesen

am 29. April 1932 gemeinderätlich geschätzt zu 15000 RM. am Donnerstag, den 30. Juni 1932, nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus in Stammheim versteigert werden. Es findet voraussichtlich nur ein Termin statt. Kommissär: Bezirksnotar Hirth in Calw.

Sonderangebot in Damast.

130 cm breit gestreift Damast gute Ware 90 Pfg. schwerste " 150 Pfg. " " " Makkodamast 165 Pfg. " " " gebümt Damast gute Ware 135 Pfg. " " " Makkodamast 190, 210, 250 " " " " mit Seidenglanz 2.80 Paul Röchle G. m. b. H., am Markt, Calw

Auto-Batterien ladet und repariert bei fachmännischer Behandlung Autoreparaturwerkstätte E. Mohn Calw

4-Zimmer-Wohnung auf 1. Aug. zu vermieten. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mein Hund pinscher, schwarz mit gelben Abzeichen, Rüde, ist mir entlaufen

und bitte deshalb gegebenenfalls um zweckdienliche Mitteilung. Vor Ankauf wird gewarnt. Gottlieb Kentschler, Altburg, Hinterdorf.

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.35 bei K. Otto Vinçon, Calw

SK heute eingetroffen 1 Waggon neue Kartoffel gelbfleischig 3 Pfd. 25 Pfg. 3tr. 7.50 Konsumverein

Concordia Calw Generalversammlung am Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr im Lokal Weiß. Wir laden unsere Sänger und Sängerinnen, die Ehren- u. passiven Mitglieder herzlich ein und bitten um vollständiges Erscheinen. Der Ausschuss

Wegy vorläufiger Aufgabe unserer Filiale verabsolgen wir sämtliche Waren zu herabgesetzten Preisen Sparbücher können eingelöst werden. Hamburger Kaffee-Lager, Frisch Mönch, Niederlage Thams & Garfs

RADIO-APPARATE Lautsprecher / Telefunken-Röhren Akkumulatoren / Anoden-Batterien Netzanoden sowie sämtliche Zubehörtteile Elektro-Ziegler Calw Fernsprecher 211

Das Geheimnis des erfolgreichen Geschäftsmannes, er benötigt den Anzeigenteil der Tagespresse zu seiner Werbung.

Einladung Anlässlich des 25-jährig. Bestehens unserer Genossenschaft findet am nächsten Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 2 Uhr im Garten des „Bad. Hofes“ ein Sommerfest für die Mitglieder unserer Genossenschaft statt, wozu wir unsere Mitglieder mit Familie freundlichst einladen. Für die Kinder sind allerlei Spiele und Ueberraschungen vorgesehen. Die Ausgabe des Festheftes m. Gutscheinen erfolgt ab heute in den Verteilungsstellen, für Calw nur in der Lederstraße. Spar- und Konsumverein Calw und Umgegend e. G. Die Verwaltung.

Unwissen kommt zu Wissen! Das Geheimnis des erfolgreichen Geschäftsmannes, er benötigt den Anzeigenteil der Tagespresse zu seiner Werbung.